



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/60 - 12.3.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 896

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Kirche und die Welt der Arbeit	S. 1
Zum Schulkampf in Belgien	S. 3
Zur Entwicklung in BHE	S. 4

Espelkamp

Von Ludwig Metzger, M.d.B.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die vom 6. bis 11. März in der Flüchtlingsiedlung Espelkamp tagte, hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, als Hauptthema die Frage der Beziehung zwischen der Kirche und der Welt der Arbeit zu behandeln. Aber es konnte nicht ausbleiben, dass die Diskussionen, die in den letzten Wochen und Monaten über die Pariser Verträge, die Aufrüstung Westdeutschlands und die Kriegsdienstverweigerung geführt worden sind, so ihre Wellen in die Synode schlugen, dass diese Fragen ganz von selbst das zweite wichtige Thema wurden. Dürfen Pfarrer, Männer und Frauen mit kirchlichen Ämtern so reden, wie das in bezug auf die Pariser Verträge geschehen ist?

In einem Ausschuss, dem etwa 40 Synodale angehörten, wurde sehr ernst und offen über die Wiedervereinigung Deutschlands, die Friedensfrage und die Frage der Kriegsdienstverweigerung gesprochen. Zur Orientierung über die politischen Sachfragen stellte zunächst Bundesminister Tillmanns den Standpunkt der Regierungskoalition und Bundestagsabgeordneter Metzger den Standpunkt der Opposition dar. Im Plenum wurde die Aussprache fortgesetzt. Der Berliner Theologieprofessor Vogel zeigte in einem anschaulichen Bild, wie sehr auch der Pfarrer und Kirchenführer das Recht hat, in Fragen, die das Allgemeinwohl, ja das Schicksal unseres Volkes und das Sein oder Nichtsein vielleicht der ganzen Menschheit betreffen,

ihre Stimme zu erheben. Er meinte, wenn jemand das eis daher gehe und sehe, dass Menschen sich auf einem zugefrorenen Teich befänden, dessen Eis nach seiner Meinung brüchig sei, dann habe er nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, sie mit lauter Stimme zu warnen und SOS zu rufen. Daran könne auch nichts die Tatsache ändern, dass dieser Mann vielleicht einen Talar an habe und ein geistliches Amt bekleide. Ob das Eis brüchig sei, unterliege natürlich seiner menschlichen Prüfung, und selbstverständlich könne er sich in dieser Sachfrage menschlich irren. Wenn er aber zu der Überzeugung komme, dass die Menschen auf dem Eis in Gefahr seien, müsse er um Gottes und der Liebe willen warnen.

Das Wort an die Gemeinden

Ganz in diesem Sinne hat die Synode ein Wort an die Gemeinden beschlossen, in dem gesagt ist, sie halte in der gegenwärtigen Bedrängnis daran fest, dass es Pflicht evangelischer Christen ist, in der Verantwortung für den Weg unseres Volkes an den politischen Entscheidungen der Stunde mitzutragen. Keinem Christenmenschen wird das Recht bestritten, aus politischer Verantwortung seine Stimme in der Öffentlichkeit zu erheben, wo er Gefahr für seinen Nächsten sieht und diesen Dienst ohne Nötigung zu tun vermag. Allerdings werden die Pfarrer als Diener des göttlichen Wortes gebeten, bei solchem Tun ihr Amt zu bedenken und nicht durch Vermischung göttlicher und menschlicher Rede falsches Ärgernis zu geben.

Die Aussprachen haben gezeigt, dass die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands einhellig und mit jedem nur denkbaren Nachdruck erhoben worden ist, es hat sich aber auch ergeben, dass über den Weg verschiedene Auffassungen bestanden. Gerade deshalb hat die Synode ermahnt, die Nöte, die aus unserer verschiedenen politischen Stellung zu den für unser Volk so lebenswichtigen Fragen erwachsen, brüderlich zu tragen, einander nicht zu verleumden und keine falschen Motive zu unterschieben. Die Synode hat sich aber auch erneut dazu bekannt, für den Frieden unter den Völkern zu beten und einzutreten. In dem Wort an die Gemeinden heißt es: "Angesichts der die Welt immer noch spaltenden Gegensätze, die auch unser Volk

zerreißen, erklären wir von neuem, dass wir uns mit allen Christen der Welt zu Taten des Friedens gerufen wissen und jeden Gedanken an eine Lösung der gegenwärtigen Spannungen durch Krieg verabscheuen. Der Rat der Evangelischen Kirche wurde von der Synode beauftragt, die Frage der Kriegsdienstverweigerung weiterzubehandeln.

Pfarrer Symanowski, der in Mainz-Kastel einen Mittelpunkt für Menschen geschaffen hat, die bereit sind, Wege auch außerhalb der traditionellen Bahnen der Kirche zu gehen, hat aus seinen Erfahrungen als Fabrikarbeiter gesprochen. "Nicht auf das Kennwort 'christlich' kommt es an", sagte er, "sondern darauf, ob die versöhnende Tat Gottes sich in der Welt, in unserem Fall also in der Welt der modernen Arbeit ereignet." Die Synode hat in einer gemeinsamen Entschliebung ausgesprochen, dass Gott will, dass die Güter der Erde und die Produktion der Arbeit den Menschen dienen und nicht ihre Götzen und Herren werden. "Viele Entscheidungen des Einzelnen", heißt es in der Erklärung, "sind heute unauflöslich mit dem Verhalten ganzer Gesellschaftsgruppen verbunden. Damit ist die Verantwortung der Christen für die Gestalt der menschlichen Gesellschaft und ihrer Gruppen gewachsen". Diese wachsende Aufgeschlossenheit, die weit über eine selbstzufriedene individuelle Seelsorge hinausführt, wird auch in dem Satz deutlich: "Die Mauern kirchlicher Tradition und Gewohnheit dürfen uns nicht hindern, den Weg zum Menschen in der heutigen Arbeitswelt zu suchen".

Fruchtbare Spannungen

Die Synode war voller Spannungen und dramatischer Augenblicke. Aber das ist nicht das schlechteste Zeichen. Man wird es wohl mit Professor Gollwitzer halten dürfen, der meinte, eine nicht in allen Punkten einigte evangelische Kirche sei ihm lieber als die "Schein-Einigkeit" der katholischen Kirche.

Auch die Wahl des Präses der Synode hat etwas von diesen Spannungen offenbart. Im zweiten Wahlgang ist Professor von Dietze - ein Widerstandskämpfer gegen das Hitlersystem - gewählt worden. Der seit-herige Präses Heinemann hat gut ein Drittel der Stimmen erhalten. Sicher haben auch die politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate in diese Wahl hineingespielt. Immerhin hatte Dietze selbst sich für die Wahl Heinemanns erklärt. Dagegen wurde Heinemann - ebenso wie Niemöller - mit einer sehr großen Stimmenzahl in den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland - das höchste Gremium der Kirche neben der Synode - gewählt. * * *

Wahlen blieb die offizielle katholische Partei die stärkste Partei. Sie ist es noch, nur die absolute Mehrheit wurde ihr im vergangenen April durch den sozialistischen Gewinn von neun Mandaten entrisen. Damals wählte ein Großteil katholischer Wähler sozialistisch und liberal, weil diese beiden Parteien die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit von 24 auf 18 Monate versprochen hatten. (Henri Spaak hatte schon damals mit den westdeutschen Divisionen als Ersatz gerechnet) Heute geht es um eine Machtstellung des Katholizismus, der Klerus hat die demagogisch zugespitzte Frage in das katholische Volk geworfen: wollt ihr, dass Eure Kinder christlich oder heidnisch erzogen werden?

Es ist den Liberalen kaum zu verargen, wenn sie einen Kompromiss erstreben, denn sie haben schon zweimal einen Schulstreit verloren. Und Henri Spaak hat in seiner Nachkriegskoalition mit den Christlich-sozialen die Vorherrschaft der katholischen Erziehung als gegebene Tatsache anerkannt. Ohne die Liberalen als Zünglein an der Waage gibt es keine Mehrheit im Parlament. Und die sozialistischen Führer wissen, dass es noch ein Zünglein an der Waage gibt: den jungen, streng katholischen König Baudoin I. Er kann das Parlament auflösen, eine andere Koalitionsbildung versuchen oder Neuwahlen ausschreiben lassen, wenn er meint, dass die Wählermehrheit ihren Sinn gewandelt hat. Niemand kann mit Sicherheit sagen, wo die Mehrheit stehen wird, wenn die Schulfrage Wahlthema ist ...

Am kommenden Dienstag, den 14. sollen die Schulgesetze vor das Plenum der Kammer kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie bis dahin zu einem Kompromiss abgewandelt sind. Es ist aber auch möglich, dass dann der offene Kampf beginnt - eine Stärkeprobe, in der es zwei Zünglein an der Waage gibt: die Liberalen und den König.

* * *

Gesamtdeutscher Block?

Wer sich erinnert, mit welchen Parolen und Zielen der jetzige Bundesminister für besondere Aufgaben Kraft den BBE gründete und wer den anspruchsvollen Namen "Gesamtdeutscher Block" immer wieder hört, muss Kraft und seinen Nachfolger, den Bundesvertriebenenminister Oberländer, danach beurteilen, dass weder die Interessen der "Heimatvertriebenen und Entrechteten" noch vorbehaltloses gesamtdeutsches

Wollen ihre Politik bestimmen. Mit dem Saarstatut haben sich die beiden Minister dafür ausgesprochen, dass es den Deutschen an der Saar versagt bleibt, sich zu Deutschland zu bekennen und sie bei der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen abseits stehen müssen. Kraft und Oberländer haben mit ihrem "ja" zum Saarstatut auch unfreie Wahlen für einen Teil Deutschlands akzeptiert und damit genau die Forderung aufgegeben, die sie in der Vergangenheit gegenüber dem Osten gestellt haben.

Als Oberländer kürzlich auf einer Pressekonferenz gefragt wurde, ob die Äußerung Bundeskanzlers Dr. Adenauer, dass eine Achtung und Abschaffung der Wasserstoff- und Atombomben der Wiedervereinigung vorangehen würde, nicht eine Verschiebung der deutschen Einheit auf den St. Nimmerleinstag bedeute, antwortete der Bundesvertriebenenminister und BHE-Vorsitzende mit "nein". Dass Kraft und Oberländer auch zu denen gehören, die vor der Ratifizierung der Verträge einen neuen Verhandlungsversuch für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ablehnten, ist ein weiteres Kennzeichen der neuen Position der BHE-Führung. Es ist daher keine Überraschung, wenn bei den Heimatvertriebenen die Überzeugung wächst, dass sich die beiden Minister des GB/BHE entschlossen haben, der Sicherung ihrer Partnerschaft mit Dr. Adenauer den Vorrang vor der Erfüllung früherer Erklärungen und Zielsetzungen zu geben.

Kraft und Oberländer unterstützen eine Politik, von der weder der Bundeskanzler noch ein einziger Sprecher der Koalition sagen kann, wie sie zur Einheit in Frieden und Freiheit führen soll. Sie unterstützen eine Koalition, die es bis heute abgelehnt hat, dem deutschen Volk zu sagen, ob sie bereit ist, auf die Pariser Verträge zu verzichten, wenn dafür die deutsche Einheit in Frieden, Freiheit und Sicherheit zu erreichen ist. Mit ihrem "ja" zu den Verträgen haben sie es auch hingenommen, eine Wiederaufrüstung zu unterstützen, deren finanzielle und wirtschaftspolitische Auswirkungen nicht zuletzt zu Lasten der Heimatvertriebenen und Entrechteten gehen werden.

Wird einmal die Geschichte der Nachkriegsjahre geschrieben werden, so wird über die Rolle des BHE zu berichten sein, dass er mit dem Jahr 1953 zwar Teilhaber der Bonner Koalition wurde, aber aufhörte, die Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten - der in der Bundesrepublik, der an der Saar und der in Mitteldeutschland - zu sein. Dass der Gründer der Partei an dieser Entwicklung maßgebenden Anteil hat, ist eine nachträgliche Richtigstellung der Äußerungen, mit denen Waldemar Kraft in Schleswig-Holstein einmal auszog, eine Partei zu gründen.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau